

# Sozialdemokratischer Presse Dienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Hans Apel MdB zur  
Steuerpolitik der SPD: Die  
breite Mehrheit entlasten.  
Seite 1

Hans Kolo MdL zum Skan-  
dal um das strahlende Mol-  
kepulver: „Entsorgung“  
nach Afrika verhindern.  
Seite 4

Egon Lutz MdB zu den Ar-  
beitslosenzahlen des Monats  
Januar 1987: Schlimmste  
Prophezeiungen weit über-  
troffen.  
Seite 5

42. Jahrgang / 24

4. Februar 1987

### Die breite Mehrheit entlasten

Die Forderung nach einer gerechten Steuerpolitik bleibt auf  
der Tagesordnung

Von Dr. Hans Apel MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der nach der Bundestagswahl in der Koalition ausgebrochene Streit über die Steuerpolitik ist Ausdruck einer tiefgreifenden Verunsicherung: Die von Union und FDP bisher vertretene Linie, die Steuerpolitik als Instrument für eine massive Umverteilung von unten nach oben einzusetzen, stößt jetzt auf heftigen Widerstand von Unionspolitikern, die weitere Stimmenverluste bei den nächsten Wahlen befürchten. Sie haben im Wahlkampf erkannt, daß die Steuerpolitik von Bundesfinanzminister Stoltenberg, den Spitzensteuersatz zu senken und andererseits dafür Verbrauchsteuererhöhungen vorzunehmen, in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig ist.

Der Wahlforscher Professor Werner Kaltefleiter vom Institut für Politische Wissenschaften an der Universität Kiel hat in Umfragen festgestellt, daß beim Thema Steuerreform eine nahezu vollständige Übereinstimmung der Position der meisten Befragten mit der Position besteht, die sie der SPD zumessen.

Diese Analyse zeigt: Die vom Nürnberger Parteitag einmütig beschlossene und von Johannes Rau in sein Regierungsprogramm übernommene Steuerpolitik der SPD ist mehrheitsfähig. An dieser Erkenntnis kommen auch die Koalitionsparteien nicht mehr vorbei.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Arbeitslose Umwelt  
mit neuen Arbeitsplätzen  
Recycling-Papier



Die Überzeugungskraft der SPD-Steuerpolitik im Wahlkampf beruhte darauf, daß wir eine konkrete Alternative zur Steuersenkung 1988 der Bundesregierung ausformuliert und vorgelegt hatten. Auf den Parteitagen in Nürnberg und Offenburg wurde dieses Steuerkonzept eingehend diskutiert und beschlossen. Wir setzten damit der Bundesregierung mit ihrer einseitigen Steuerpolitik für die Besserverdienenden unseren „Rau-Tarif 1988“ entgegen, der die Steuerentlastung auf die kleinen und mittleren Einkommen - und damit auf die breite Mehrheit - konzentriert.

Unsere Forderung „mehr Steuergerechtigkeit durch Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen“ war glaubwürdig, weil sie mit einer klaren Aussage über eine solide Finanzierung verbunden war. Bei dieser Position liefen die Angriffe, die SPD sei die Steuererhöhungs- und Verschuldungspartei, bei dieser Bundestagswahl ins Leere.

Entscheidend trug zu diesem Erfolg bei, daß wir den Beweis antreten konnten, daß die in Nürnberg beschlossene SPD-Steuerpolitik Politik für die Mehrheit ist: „Wir werden die für 1988 geplante Steuersenkung bei gleichem Volumen so umbauen, daß 80 Prozent aller Ledigen und 90 Prozent aller Verheirateten eine höhere Steuerentlastung erhalten als nach den Plänen der Bundesregierung.“

Um die Glaubwürdigkeit dieser Aussage in der breiten Öffentlichkeit zu verstärken, führten wir dazu eine bundesweite Telefonaktion durch: Am 14. Januar 1987 wurde in den Tageszeitungen eine Anzeige zur Steuerpolitik veröffentlicht. Darin wurde allen Bürgern angeboten, sich telefonisch persönlich zu informieren, wie groß für sie der Steuervorteil beim „Rau-Tarif“ gegenüber dem „Kohl-Tarif“ ist.

Die Aktion war ein überwältigender Erfolg, der sich auch in den Umfrageergebnissen von Allensbach widerspiegelt: In diesen Tagen machte das Thema Steuern bei der Frage, über welche Themen im Wahlkampf besonders viel gesprochen werde, einen Sprung um zwölf Punkte nach oben.

Die Kanzlerberaterin Elisabeth Noelle-Neumann hat den Erfolg unserer Steuerpolitik im Wahlkampf in nicht zu überbietender Klarheit der Union ins Stammbuch geschrieben: „Es gab kein Thema, das so angesprochen ist in den letzten Wochen, wie das Steuerthema - und leider zugunsten der SPD.“

Auch zu den Steuerreformplänen für 1990 hatten wir eine überzeugende Argumentation: „Mit der für 1990 angekündigten Steuerreform soll die Umverteilung von unten nach oben verstärkt fortgesetzt werden. Die Senkung der Spitzensteuersätze für Spitzenverdiener soll von der breiten Mehrheit bezahlt werden durch eine erhöhte Mehrwertsteuer und höhere Verbrauchsteuern. Außerdem sollen im Rahmen des angekündigten Subventionsabbaus vor allem Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer gestrichen werden, wodurch die Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer steigt.“

Wir hatten Erfolg mit dieser Aufklärung: Die Aufmerksamkeit wurde vor allem auf die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes und die Finanzierung dieser Steuerreform gerichtet. Die Folge war, daß diese „Große Steuerreform“ zunehmend nicht mehr als ein großes Versprechen, sondern eher als Bedrohung empfunden wurde.



Die gegenwärtige Kontroverse in den Koalitionsparteien zeigt auch, daß der von Stoltenberg und der FDP geforderte massive Abbau der Staatsquote auf Widerstand stößt. Auch die Regierungsparteien können sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß der Staat großen Herausforderungen gegenübersteht:

Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, Zukunftssicherung durch ökologische und soziale Erneuerung, Reform der sozialen Sicherungssysteme, Modernisierung der Infrastruktur, Ausbau sozialer Dienstleistungen, Europäische Integration.

Angesichts der vor uns liegenden Aufgaben, die solide finanziert werden müssen, ist die von den Koalitionsparteien angekündigte Senkung der Steuerquote illusorisch. Die notwendige Erfüllung der anstehenden öffentlichen Aufgaben bedeutet gleichwohl nicht den Verzicht auf mehr Steuergerechtigkeit durch Steuersenkungen für kleine und mittlere Einkommen. In diesem Sinn hat der Nürnberger Parteitag beschlossen, die Rückgabe der heimlichen Steuererhöhungen für eine umfassende Reform des Steuersystems zu nutzen.

Im Wahlkampf haben wir den Koalitionsparteien vorgeworfen: „Die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer ist von der Regierung Kohl auf absolute Rekordhöhen geschraubt worden. Diese Regierung ist den Weg in den Lohnsteuer- und Abgabenstaat bewußt gegangen und will ihn weiter fortsetzen.“

Diese Feststellung stimmt mit der subjektiven Erfahrung der Wähler überein: Umfrageergebnisse zeigen, daß die Steuerbelastung von der Hälfte der Befragten (auch der Facharbeiter; von den Angestellten und Beamten sogar von mehr als der Hälfte) für zu hoch beziehungsweise unerträglich gehalten wird. Hinzu kommt, daß diese drückende Steuerbelastung weitgehend der Regierung Kohl angelastet wird.

Wir haben versprochen, den Marsch in den Lohnsteuerstaat zu stoppen. Davon konnten wir die Bürger - die Umfragen beweisen dies - auch überzeugen. Daher bleibt für uns auf der Tagesordnung unserer Steuerpolitik: Die ungerechte Verschiebung der Steuerlasten auf Kosten der breiten Mehrheit der Bevölkerung muß korrigiert werden.

Wir haben in der Steuerpolitik CDU und CSU in die Defensive gedrängt. Auf der Grundlage der in Nürnberg beschlossenen und im Wahlkampf erfolgreich vertretenen Steuerpolitik bietet sich jetzt der SPD die Chance, sich als Partei für gerechte Steuern im Bewußtsein der Öffentlichkeit dauerhaft zu verankern.

(-/4.2.1987/rs/ks)

\* \* \*

„Entsorgung“ nach Afrika verhindern

Das strahlende Molkepulver muß hierzulande endgelagert werden

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD

Ist das strahlende Molkepulver jetzt Abfall oder Wirtschaftsgut? Wenn es nach dem bayerischen Umweltminister geht, sind es 3.000 Tonnen Wirtschaftsgut, die derzeit durch die Bundesrepublik geistern. Dann aber hätten die Umweltbehörden in Bonn und München weder Anlaß noch Möglichkeit, über den Verbleib des Molkepulver nachzudenken: Das Molkepulver wäre Privatsache.

Trotzdem haben die Beamten der Bayerischen Staatskanzlei, des Umwelt- und des Landwirtschaftsministeriums ein halbes Jahr lang ihre Phantasie eingesetzt, um alle Möglichkeiten durchzuspielen, wie man das ungeliebte Pulver loswerden könnte. Die Beamten waren erfindungsreich: ihre Vorschläge, deren Umsetzbarkeit auch geprüft wurde, reichten vom Verbrennen in der Müllverbrennungsanlage Rosenheim bis zum Abschieben an die Bundeswehr. In ihrer Not genehmigten sie die „Entsorgung“ nach Afrika - einfach bemüht, das Pulver möglichst weit wegzuschaffen. Nach der ebenso bewährten wie gefährlichen Methode des Giftmüll-Tourismus, die spätestens seit Seveso unbestritten abzulehnen ist, wird das Molke-Karussell zur „Geisterbahn“.

Daß sich Bayerns Umweltminister Dick auch letzte Woche im Bayerischen Landtag darauf versteift hat, die strahlenbelastete Molke sei „Wirtschaftsgut“, zeugt von Schizophrenie. Per Definition wird aus Abfall wieder ein Wirtschaftsgut, weil die Entsorgung des Abfalls kaum lösbare Probleme bereitet. Die ist unverantwortlich, da auch bayerischen Ministern bekannt sein muß, daß Radioaktivität nicht abbaubar ist. Deshalb dürfen strahlende Substanzen nicht verdünnt und nicht in Naturkreisläufe eingespeist werden. Gerade wenn aus einem Lebensmittel wegen zu hoher Belastung durch Radioaktivität Abfall geworden ist, darf daraus kein Futtermittel gemacht werden, das die Radioaktivität wieder über die Nahrungskette zum Menschen zurückführt - möglicherweise sogar in potenziert Form. Daß zudem die Gefahr besteht, daß der Abfall Molkepulver sogar in Afrika als Nahrungsmittel eingesetzt wird, zeugt von Zynismus und Menschenverachtung der verantwortlichen bayerischen Stellen.

Mehr als fahrlässig ist diese Haltung vor allem deshalb, weil bayerische Ministerien Verkaufs- und Transportgenehmigungen für das verstrahlte Molkepulver ausgestellt beziehungsweise gegengezeichnet haben, ohne selbst noch einmal gemessen zu haben (das Messen wurde dem Absender überlassen) und ohne nach dem Empfänger zu fragen. Dies wiegt umso schwerer, als dem Ministerium ja bekannt war und ist, wie hoch die Strahlenbelastung des Molkepulvers war. Wir werden diese Genehmigungen jedenfalls vor den Landtag bringen, um Auskunft zu erhalten, wie denn eine solche Erlaubnis überhaupt gegeben werden konnte. Im übrigen dürfte dieser Vorgang neben parlamentarischen auch rechtliche Schritte durch die Behörden in Bremen nach sich ziehen.

Wir fordern den bayerischen Umweltminister auf, endlich seine zweifelhafte Strategie aufzugeben und bei der verstrahlten Molke nicht länger von einem „Wirtschaftsgut“ zu reden. Das gleiche gilt für sein Ministerium, dessen Sprecher noch am Wochenende von einem „harmlosen Pulver!“ gesprochen hatte. Wenn das Problem beim richtigen Namen genannt wird, dann könnte man einer Problemlösung leichter näherkommen. Auf alle Fälle ist es notwendig, daß das verstrahlte Molkepulver endlich als mittelradioaktiver Abfall klassifiziert wird.

Entsprechend muß es dann auch entsorgt werden - über die Sammelstellen, wo beispielsweise auch schwach- und mittelradioaktiver Müll aus Krankenhäusern landet. Zu überlegen ist, wie der Anfälligkeit des Molkepulvers gegenüber Nässe - das Pulver zieht Feuchtigkeit und verrottet dann sehr schnell unter Verbreitung übelster Gerüche - begegnet werden kann. Als „Endlager“ für die 3.000 Tonnen Molkepulver könnte man sich beispielsweise einen aufgelassenen Stollen vorstellen, der entsprechend präpariert wird.

Die Sozialdemokraten im Bayerischen Landtag werden jetzt im Parlament eine ausführliche Diskussion über die Fehler und Versäumnisse der Staatsregierung beim Umgang mit der Strahlen-Molke einerseits und über die verschiedenen Möglichkeiten einer gesicherten Entsorgung - entsprechend den Vorschriften des Atomgesetzes für die Beseitigung radioaktiven Abfalls - ankurbeln.

(-/4.2.1987/rs/ks)



Schlimmste Prophezeiungen weit übertroffen

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Monats Januar 1987

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Selbst die größten Optimisten unter den Wirtschaftsfachleuten zeigten in den letzten Wochen deutliche Skepsis gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung. Realisten stellten fest: der wirtschaftliche Abschwung ist da. Die Arbeitsmarktzahlen für den Januar 1987 aber übertreffen die pessimistischsten Voraussagen: Eine Zunahme um 279.000 Arbeitslose, 180.000 Kurzarbeiter mehr, ein einsamer Rekord von 540.000 neuen Arbeitslosmeldungen allein im Januar, das ist eine Zunahme von vier Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat des letzten Jahres.

Daß die Erklärung eines saisonalen Einbruchs allein angesichts solcher Proportionen unglaublich geworden ist, merkt Heinrich Franke inzwischen offensichtlich selbst, auch wenn er seinen Kommentar in unfreiwilliger Doppeldeutigkeit überschreibt „Arbeitsmarkt in eisigem Griff“. Denn zwischen der saisonbereinigten Zahl, die mit 2,18 Millionen angegeben wird und den 2,5 Millionen tatsächlichen Arbeitslosen klafft eine Lücke, die deutlich macht, wie stark hier konjunkturelle Einflüsse beteiligt sind. Die Bundesanstalt spricht deshalb davon, konjunkturelle Aussagen seien hieraus schwierig abzuleiten. Und im Klartext heißt der Nürnberger Kommentar „Die konjunkturelle Besserung auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verlangsamt“.

Ein weiteres Indiz ist das Hochschnellen der Zahl der Kurzarbeiter: Mit einer Zunahme um 180.000 übertrifft sie außer den Januarzahlen im Jahre 1985 sämtliche Zunahmen für diese Jahreszeit: Januar 1986 80.000, Januar 1984 51.000, Januar 1983 76.000.

Dazu paßt es, daß sich auch die Entwicklung der Kräfte nachfrage verlangsamt hat. Im Januar meldeten die Arbeitsämter 112.000 offene Stellen, das waren zwei Prozent weniger als im Januar 1986. Eine ähnliche Entwicklung auch bei den Arbeitsvermittlungen. Auch hier ging die Zahl um zwei Prozent auf 118.000 zurück.

So erschreckend auch die Zunahme der Arbeitslosen insgesamt ist, sie schönt gewissermaßen noch das Bild, denn die Arbeitsämter melden einen neuen Rekord von Teilnehmern an beruflichen Förderungsmaßnahmen: Im Januar 1987 waren es weit über 300.000.



Einen ebenfalls kräftigen Anstieg verzeichnen die arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren. Hier ist eine Zunahme von 5.700 oder vier Prozent auf knapp 145.000 zu verzeichnen. Besonders erschreckend hierbei ist der überproportional große Anteil an weiblichen arbeitslosen Jugendlichen: 73.000 weibliche Jugendliche ohne Arbeit stehen 72.000 männlichen Jugendlichen ohne Arbeit gegenüber, während das Gesamtverhältnis von arbeitslosen Männern und arbeitslosen Frauen schon erschreckend genug mit 58 Prozent Männer zu 42 Prozent Frauen beträgt. Doch auch diese Zahl sagt wenig über das Verhältnis von arbeitslosen Männern zu arbeitslosen Frauen aus, da die gewerblichen Berufe, die unter Saisonbedingungen leiden, natürlich vorwiegend von Männern ausgeübt werden.

Auch die Zahl der arbeitslosen Ausländer nahm im Januar um 21.000 oder 8,3 Prozent zu. Sie liegt mit 276.000 über dem Niveau des Vorjahres. Da tröstet es wenig, wenn die Daten der Sozialversicherung eine leichte Besserung verzeichnen. Aussagekräftiger ist da schon die Arbeitslosenquote im Verhältnis: Arbeitslosenquote für Januar generell zehn Prozent, für Ausländer über 15 Prozent. Dabei stehen die Türken mit 36 Prozent an der Spitze, bei den Italienern beträgt die Arbeitslosigkeit 14 Prozent und bei den Jugoslawen 13 Prozent.

Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten nahm im Vergleich zum Vorjahr ab, wobei dies vor allem daran liegt, daß ältere Schwerbehinderte frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Nimmt man diese heraus, so muß die Bundesanstalt selbst zugeben „Die Arbeitslosigkeit für diesen Personenkreis hat sich in den vergangenen Monaten nur wenig verringert.“

Doch offensichtlich sieht die Bundesregierung nach wie vor keine Notwendigkeit zum Handlungsbedarf. Der jüngste Beweis: der Referentenentwurf aus dem Hause Blüm, der eine erhebliche Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosengeld vorsieht, wird im Moment zum Spielball der Ressortinteressen und wird - wenn nicht alles täuscht - letztendlich auf dem Altar der Koalitionsvereinbarungen geopfert werden. Stattdessen - und das ist nicht anders als zynisch zu nennen - zerbrechen sich die Herren Koalitionäre in spe die Köpfe darüber, um wieviel Prozent, wenn überhaupt, sie den sogenannten Spitzensteuersatz senken sollen. Die Unversehrtheit der Millionäre ist dieser Regierung wichtiger als das Schicksal von 2,5 Millionen Männern und Frauen ohne Arbeit und Erwerb.

(-/4.2.1987/rs/ks)

\* \* \*